

Clemens, Frank
Blümel, Helga

Fraktion Die Linke.
Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme nach § 5 AG-KJHG, Art.2 KiBiz-Änderungsgesetz sowie der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln

Beemelmans, Ingo	für die Bezirksregierung als Vertreter der Schulen (in Vertretung für Frau Reinerth)
Dr. Bunte, Anne	Gesundheitsamt der Stadt Köln
Gümüs, Attila	Jugendamtselternbeirat Köln
Drescher, Bernhard	Polizeipräsidium Köln (in Vertretung für Herrn Reuther)
Mensching, Ulrike	Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner nach §§ 22 bis 23 b der Hauptsatzung

Passavanti, Juliane	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Haas, Thomas	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner mit beratender Stimme (Fraktionen)

Quilling, Marie-Luise	SPD-Fraktion
Bauer, Hans-Josef	CDU-Fraktion
Preuss, Kerstin	CDU-Fraktion
Topp-Burghardt, Daniela	CDU-Fraktion
Schlitt, Gabriele	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Wöhler, Carmen	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Casser, Catherine	FDP-Fraktion

Vertreterinnen und Vertreter in Köln anerkannter, freier Jugendhilfeträger mit beratender Stimme

Bergmann, Ulrich	Der Paritätische Köln e.V.
Differdange, Ruth	Kath. Familienbildung Köln e.V.
Dopke, Theresia	Kellerladen - Initiative für gemeinsame Arbeit e.V.
Drewes, Daniel	Evangelischer Kirchenverband Köln – Jugendpfarramt
Getz, Alfred	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen -MCD/ HKS- e.V.
Schmerbach, Cornelia	Arbeitskreis für das ausländische Kind - AAK e.V.

Gross, Almut	Jugendhilfe Köln e.V.
Hildebrand, Andreas	Kath. Jugendagentur Köln gGmbH
Horstkotte-Löffelholz, Christoph	Kölner Spielwerkstatt e.V.
Klesse, Elisabeth	Rom e.V.
Krämer, Andrea	Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung (in Vertretung für Frau Reichartz-Bock)
Lehmann, Christiane	Handwerkerinnenhaus Köln e.V.
Mahr, Frauke	LOBBY für Mädchen - Mädchenhaus Köln e.V.
Malmen, Maria Elisabeth	Kinderzentrum Porz e.V.
Maurer, Olaf	Schulte-Schmelter-Stiftung
Peters, Markus	SKM e.V. Köln
Ruda, Marc	DRK-Kreisverband Köln Jugendrotkreuz
Saxler, Hans-Josef	Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Schäfer-Remmele, Uwe	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Schmidt, Wolfgang	Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH
Stettes, Fabian	Kath. Jugendagentur Köln gGmbH
Walter, Regine	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Welke, Ingrid	Rom e.V.
Welter, Sabine	Kölner Jugendring e.V. (in Vertretung für Herrn Stutzer)
Will, Bernd	AG „Offene Tür (in Vertretung für Frau Empacher – AWO Köln e.V.)
Zaabe, Barbara	Kinderschutzbund Köln e.V.

Verwaltung

Beigeordnete Dr. Klein, Agnes	Dezernentin
Glaremin, Stephan	Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten

Dr. Hambüchen, Thomas	Drogenhilfe Köln gGmbH
-----------------------	------------------------

Herr Bürgermeister Dr. Heinen eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und die fachkundigen **Gäste** aus der Verwaltung, die eventuell aufkommende Fragen beantworten können:

- Für Fragen zu TOP 8.5.1 steht Herr Schwamborn (OB-6, Flüchtlingskoordination) zur Verfügung,
- Herr Käufer vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Stabstelle Kita-Bau (-51/1-),
- Herr Pfeuffer von der Stabstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung (-IV/2-),
- Herr Mießeler vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Allgemeine Verwaltung (-510-),
- Herr Völlmecke vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Pädagogische und Soziale Dienste (-511-),
- Frau Baars vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung (-512-),
- Herr Betz vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Tageseinrichtungen und –betreuung für Kinder (-513-).

Er begrüßt die Bezirksschülerinnen- und Schülervvertretung im Ratssaal, sowie auf der Zuschauertribüne die Schülerinnen und Schüler des Berufskollegs Ehrendfeld.

An dieser Stelle stellt **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** Tagesordnungspunkt 1.2 zur Beschlussfassung.

Als Nächstes teilt er mit, dass Frau Blum-Maurice heute letztmalig an der Jugendhilfeausschusssitzung teilnehme, da sie sich in den wohlverdienten Ruhestand verabschiede. Er dankt ihr herzlich für die langjährige kompetente Mitarbeit, ihren Fleiß sowie ihre Stetigkeit im Jugendhilfeausschuss. Abschließend wünscht er Frau Blum-Maurice alles Gute für die weitere Zukunft.

Frau Blum-Maurice erwidert, dass es ihr eine Freude und Ehre gewesen sei, seit 2006 als Mitglied, und seit 2009 als stimmberechtigtes Mitglied für den Paritätischen Wohlfahrtsverband im Jugendhilfeausschuss mitzuwirken. Sie habe die fachliche Leitung des Kinderschutzzentrums zu Beginn des Jahres an Frau Große Perdekamp übergeben. Ihre Nachfolge im Jugendhilfeausschuss werde Frau Zaabe antreten.

Der Jugendhilfeausschuss stelle ein besonderes Verfassungsorgan in der kommunalen Verwaltung dar, das im Jugendamt Demokratie verwirklichen solle. Er spiegele die Bedeutung freier Träger und des ehrenamtlichen Engagements für die Belange von Kinder und Jugendlichen wider. Die Zweigliedrigkeit sei Ausdruck des Gebots der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von öffentlicher und freier Jugendhilfe. Dieses Verständnis von Zusammenarbeit habe sie im Ringen um gute Lösungen für Kinder und Familien hier immer wieder erlebt. Sie bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und wünscht auch weiterhin Erfolg.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen gibt folgenden **Hinweis** der Verwaltung bekannt: Zu den heutigen Beschlussvorlagen fanden keine Vorberatungen in anderen Gremien statt, so dass auf die Austeilung einer Vorberatungsliste verzichtet werden kann.

Weiter wurde folgende Vorlage als **Tischvorlage** ausgeteilt: TOP 8.1.1 (4024/2017).

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet **Herr Bürgermeister Dr. Heinen**, noch die Punkte 2.2.1, 2.2.2, 4.1, 4.2, 8.1.1, 8.2.1, 8.3.1, 8.4.1, 8.5.3 und 9.3.1 auf die **Tagesordnung** aufzunehmen.

Er macht auf den **Info-Flyer** von „EDELGARD schützt“ aufmerksam, der zur Mitnahme ausliege.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.
Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Festlegung der Stimmzähler**
- 1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung**
- 1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 1.4 Präsentationen**
./.

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch**
- 2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen**
 - 2.2.1 Zusätzliche Mittel für Inklusion und Integration im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich**
3811/2017
 - 2.2.2 Quantitative Erweiterung begleiteter Umgang durch SKM Köln e.V.**
3927/2017
- 2.3 Weitere Beschlüsse**
 - 2.3.1 Jugendhilfeplanung in der Kindertagesbetreuung für das Kindergartenjahr 2018/19 als Grundlage der Beantragung von Landeszuschüssen nach § 21 KiBiz**
3724/2017

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

- 3.1 Umgestaltung des Spielplatzes Uferstraße in Köln-Rodenkirchen
3211/2017

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

- 4.1 Neuwahl eines beratenden Mitgliedes und eines stellvertretend beratenden Mitgliedes
3966/2017
- 4.2 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes und eines stellvertretend beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3974/2017

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

- 5.1 Frühere Anträge
. / .

- 5.2 Neue Anträge
. / .

6 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

- 6.1 Frühere Anfragen
. / .

- 6.2 Neue Anfragen
. / .

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

- 7.1 Frühere Anfragen

- 7.1.1 Übersicht Großtagespflegen in Köln
4001/2017

- 7.2 Neue Anfragen

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

8.1.1 Mitgliederwechsel im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie
4024/2017

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

8.2.1 Durchführungskonzept Kölner Jugendbefragung 2018
4042/2017

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

8.3.1 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2017 in der Stadt Köln
0074/2018

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

8.4.1 Bericht zum Tag der Jugend im Rathaus am 07.12.2017
3920/2017

8.5 Weitere Mitteilungen

8.5.1 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"
3923/2017

8.5.2 Anerkannte Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Mitteilung über im Trägerverzeichnis gelöschte Vereine
3125/2017

8.5.3 Jugendschöffenwahl 2018
0020/2018

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Nichtöffentliche Beschlüsse (Verwaltungsvorlagen)

9.1 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

. / .

9.2 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

. / .

9.3 Beschlussempfehlungen an den Rat

9.3.1 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln - Lindweiler; Projekt: "Ausbau des Sozialen Zentrums Lino-Club e.V. zu einem generationenübergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus)" Hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss

3851/2017

10 Nichtöffentliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

10.1 Frühere Anfragen

. / .

10.2 Neue Anfragen

. / .

11 Nichtöffentliche Mitteilungen

. / .

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Festlegung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Frau Laufenberg, Herr Pöttgen und Herr Dr. Schlieben benannt.

1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt die Teilnahme der Bezirksschülerinnen – und der Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Persönliche Erklärungen werden in der heutigen Sitzung nicht abgegeben.

1.4 Präsentationen

Präsentationen werden in der heutigen Sitzung nicht gehalten.

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch

Zu dieser Sitzung wurden keine Trägeranerkennungen angemeldet.

2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen

2.2.1 Zusätzliche Mittel für Inklusion und Integration im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich 3811/2017

Frau Volland-Dörmann erinnert daran, dass man als freie Wohlfahrtspflege seit Jahren um eine bessere Finanzierung der OGS sowohl auf kommunaler, als auch auf Landesebene, kämpfe. Sie dankt für die freiwillige kommunale Zusetzung von 1.000.000 Euro, die die Basisfinanzierung der OGS verbessere.

Sie appelliert an die politischen Vertreterinnen und Vertreter auf Landesebene vor dem Hintergrund der aktuellen Sondierungsgespräche, die auch das Thema OGS betreffen, eine Pflichtaufgabe zu schaffen, die die Bundesländer zum Handeln bewege. Als Landesliga werde man das Land Nordrhein-Westfalen wiederholt auffordern, eine gesetzliche Lösung zu realisieren und bis zu diesem Zeitpunkt Finanzmittel zuzusetzen.

Sie bittet um Unterstützung auf Bundes- und Landesebene für Lösungen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen und der Stärkung der Kinder dienen.

Frau Passavanti begrüßt die Zusetzung der finanziellen Mittel. Mit Blick auf den Titel der Vorlage denke sie an Schulen in belasteten Sozialräumen, die gefordert seien, die Defizite aufzufangen, die die Eltern zuhause überfordern.

Am Beispiel einer Schule aus dem Sozialraum Buchheim weist sie auf die Herausforderungen durch die Zusammensetzung der Schülerschaft hin:

- 90 Prozent der Schülerschaft haben einen Migrationshintergrund.
- 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler leben mit Fluchterfahrungen.
- 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen weisen einen erweiterten Förderbedarf auf.
- Eine diagnostizierte Behinderung wurde bei 20 Prozent der Kinder festgestellt.
- 85 Prozent der Kinder leben mit ihren Familien von Transferleistungen.

Diese Schulen benötigen eine besondere Förderung, so Frau Passavanti. Sie erachte die Verteilung der Fördermittel nach dem Gießkannenprinzip als nicht optimal.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen kann den Einwand von Frau Passavanti nachvollziehen und stellt fest, dass Ungleiches nicht gleich behandelt werden sollte.

Frau Beigeordnete Dr. Klein weist darauf hin, dass bereits vor Jahren ein Sozial-Sondertopf eingerichtet worden sei, der die stark geforderten OGS für die Bewältigung dieser Herausforderungen mit einem zusätzlichen Budget ausstatte. Es handele sich hierbei um eine freiwillig kommunale Leistung. Darüber hinaus orientiere sich die Förderung der Schulsozialarbeit am örtlichen SGB-II-Schlüssel.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen stellt fest, dass die OGS neuen Herausforderungen gegenüberstehen, und dass die Finanzierung diesen Umständen Rechnung tragen müsse.

Frau Dr. Butterwegge fragt nach einem Sachstandsbericht zu der Förderung der OGS in Bezug auf den Sozialindex für Schulen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein sagt dies zu.

Frau Kessing freut sich, dass bei diesem Themenpunkt die Qualität, und nicht die Quantität, im Vordergrund stehe. Mit Blick auf die Situation der Kinder, der Eltern sowie der Beschäftigten, müsse Köln sich auch weiterhin in diesem Bereich stark engagieren.

Beschluss:

Die Fachausschüsse bzw. der Finanzausschuss beschließen, ab dem Haushaltsjahr 2018 zur Stärkung von Inklusion und Integration im Rahmen der offenen Ganztagschule zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.000.000 Euro pro Jahr freizugeben. Die Mittel werden zur Erhöhung der Förderung von rund 33 Euro je OGS-Platz und Schuljahr eingesetzt.

Die in 2018 zusätzlich erforderlichen Mittel werden durch Ermächtigungsübertragung im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 im Teilergebnisplan 0301 Schulträgeraufgaben zur Verfügung gestellt. Die für die Folgejahre erforderlichen Mittel wurden in der Haushaltsplanung 2018ff. berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

2.2.2 Quantitative Erweiterung begleiteter Umgang durch SKM Köln e. V. 3927/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt, dem Träger „SKM Köln e. V.“ einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 50.000 Euro für die quantitative Erweiterung des begleiteten Umgangs in Trennungs- und Scheidungsverfahren beim Familiengericht bzw. im Rahmen der Beratung durch die Mitarbeiter*innen der Bezirksjugendämter im Haushaltsjahr 2018 zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

2.3 Weitere Beschlüsse

2.3.1 Jugendhilfeplanung in der Kindertagesbetreuung für das Kindergartenjahr 2018/19 als Grundlage der Beantragung von Landeszuschüssen nach § 21 KiBiz 3724/2017

Herr Bürgermeister Dr. Heinen stellt fest, dass 1300 geplante Kitaplätze aufgrund der steigenden Geburtenzahlen nicht ausreichen, die angestrebte Betreuungsquote von 50 Prozent im U3-Bereich zu erreichen. Das größte Problem stelle die Bereitstellung von Flächen dar. Diese Problematik treffe auch auf die Bereiche Schule, Wohnen und Gewerbe zu, so dass man von einem Flächenkampf konkurrierender Systeme sprechen könne. Er dankt der Verwaltung, dass trotz dieser Schwierigkeiten Erfolge erzielt werden. An dieser Stelle wünscht er Herrn Käufer (-51/1-, Stabstelle Kita-Bau) weiterhin viel Erfolg bei der Akquise von Flächen und Grundstücken.

Herr Dr. Schlieben stellt fest, dass dialektische Politik offensichtlich sehr erfolgreich sei. Er schließt sich den Ausführungen des Ausschussvorsitzenden an. Die Verwaltung habe gute Arbeit in den letzten 15 Jahren hinsichtlich Kita-Ausbau und Betreuungsstrukturen geleistet. Das Lob gehe ebenfalls an die Träger und die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. 19 geplante Kitas im Jahr 2018/2019 seien ein gutes Ergebnis, aber an Bedarf und Handlungsdruck gemessen, nicht ausreichend. Er bittet die Anwesenden, innovative Vorschläge zu unterbreiten, da man neue Wege gehen müsse, um den Kita-Ausbau zu forcieren.

Frau Dr. Butterwegge erklärt, dass sie die Anstrengungen zur Lösung der Probleme durchaus wahrnehme. Doch die Probleme bestehen seit Jahren und werden trotz der Anstrengungen nicht gelöst. Die Betreuungsquote von 42,1 Prozent falle im Vergleich zum Vorjahr zu gering aus. Sie kritisiert, dass die neuen Kitas nicht in den Stadtteilen entstehen, in denen der dringendste Bedarf herrsche. Sie begrüße jeden neuen Vorschlag, der eine Steigerung der Betreuungsquote ermögliche.

Frau Jahn dankt der Verwaltung und den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses für die geleistete Arbeit. Die Betreuungsquote von über 42,1 Prozent müsse vor den stark steigenden Geburtenzahlen beurteilt werden. Die Flächenproblematik werde durch die Landesbauordnung verschärft, die es nicht zulasse, Kitas auf Dächern zu bauen. Sie stellt heraus, dass 14.218 Kinder in Köln nicht nur betreut, sondern auch gebildet werden. Der Druck dürfe nicht nachlassen, da die Betreuungsquote von 42,1 Prozent bei Weitem nicht bedarfsdeckend sei.

Der Kita-Ausbau sei nicht nur Thema des Jugendhilfeausschusses, sondern auch des Rates. Sie verweist an dieser Stelle auf den Antrag der SPD-Fraktion "Familienfreundliches Köln - Kita-Ausbau stärken", der im Rat behandelt werde. Alle demokratischen Parteien in Köln haben sich den Kita-Ausbau auf die Fahne geschrieben. Sie bittet um eine fachliche Wertung des Antrags durch die Verwaltung, da der Kita-Bau im Jugendamt gebündelt werde. Sie hoffe, dem Ziel auskömmlicher Kita-Ausbau fraktionsübergreifend mit breiten Mehrheiten, näher zu kommen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen, bedankt sich für die deutlich übereinstimmende Zielsetzung unter den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses. Die erzielte Steigerung der Betreuungsquote entspreche dem Bedarf bei Weitem nicht. An Frau Jahn gerichtet erklärt er, dass der Antrag der SPD-Fraktion die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses nicht tangiere. Er betreffe die Bereiche Liegenschaften und Stadtentwicklung. Es handele sich dabei um eine Querschnittsaufgabe, die sich über verschiedene Ressorts erstreckte und daher im Rat behandelt werde. In Anbetracht der

Tatsache, dass man innovative Lösungen finden müsse, werde der Antrag der SPD-Fraktion sicherlich diskutiert werden. Als Beispiel sei an dieser Stelle die nicht mehr zeitgemäße Landesbauordnung zu nennen. In anderen Bundesländern bestehe ein größerer Handlungsspielraum, der gerade in einer verdichteten Stadt benötigt werde. Er hoffe auf die Unterstützung der politischen Vertreterinnen und Vertreter auf Bundes – und Landesebene.

Herr Pöttgen geht davon aus, dass dieser Antrag von den Ratsmitgliedern in den Fachausschuss vertagt werde. Falls dieser Fall eintrete, freue er sich darauf, diese Aufgabe gemeinsam anzugehen.

Es bestehe Einigkeit darin, dass das Problem in der Liegenschaftsverwaltung begründet sei. Er sei Frau Dr. Butterwegge dankbar für den Beitrag, dass eine andere Flächenpolitik betrieben werden müsse.

Er dankt Frau Beigeordneter Dr. Klein für ihr Engagement, das Frau Oberbürgermeisterin Reker bewegt habe, alle Dienststellen der Verwaltung zu diesem Thema an einen Tisch zu laden. Seit Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz habe man die Betreuungsquote von 42 Prozent nicht überschreiten können. Größere Fortschritte werden nicht erzielt. Man müsse sich politisch mutiger aufstellen, fordert Herr Pöttgen. Eine politische Willensentscheidung müsse gefasst werden, um neue Impulse zu geben.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen ist optimistisch, gemeinsam Lösungen zu finden, da es sich um ein gemeinschaftliches Thema mit parteiübergreifendem Konsens handele.

Frau Topp-Burghardt fragt zu Anlage 2, Position 16 der Vorlage nach der Hausnummer des geplanten Kindergartens, die nicht angegeben sei. Weiter erkundigt sie sich, warum der Kindergarten in der Andreas Hermes Str. nicht aufgeführt werde, obwohl er angekündigt worden sei.

Herr Pfeuffer vermutet, dass der Bau des Kindergartens für das Kalenderjahr 2019/2020 vorgesehen sei. Er sagt eine Beantwortung der Fragen zu.

Frau Beigeordnete Dr. Klein dankt für die Anerkennung und wird das Lob an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Verwaltung weitergeben, da viele städtische Ämter am Kita-Bau beteiligt seien. Diese Ämter müssen Hand in Hand am Kita-Bau arbeiten. Daher habe sie Frau Oberbürgermeisterin Reker gebeten, nochmals alle Ämter für diese Aufgabe zu sensibilisieren. Der Kita-Ausbau sei noch lange nicht abgeschlossen.

Das Hauptproblem sei das Auffinden von Flächen. Die Flächenkonkurrenz nehme zu. Sie sei froh, auf das Investoren-Modell gesetzt zu haben, doch auch die Investoren, die die Flächen mitbringen, stoßen nun an ihre Grenzen. Sie appelliert an die Träger, das Stärkungspaket der Landesregierung zu nutzen. Mit Blick auf die Wohnungsbauoffensive bittet sie, regelhaft zu prüfen, ob eine Kita in Wohnbebauung integrierbar sei.

In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses sowie in der letzten Sitzung des Rates habe man die Großtagespflege mit einem Schub versehen, indem die finanziellen Rahmenbedingungen verbessert worden seien. Sie wirbt für die Förderung der Großtagespflege.

An Frau Jahn gerichtet, erklärt sie, dass sie sich als Fachdezernentin ebenfalls die Unterstützung einer breiten politischen Mehrheit für diesen Antrag wünsche. Das signalisiere, dass der Kita-Bau höchste Priorität habe. Eine Betreuungsquote von 50 Prozent sei weiterhin anvisiertes Ziel.

Frau Quilling fragt zu dem Hinweis auf die städtische Kita im Klerschweg, die aus baulichen Gründen aufgeben werden müsse, nach deren Status in der Planung.

Sie möchte wissen, ob die Kinder, die derzeit in Containern und anderen Kitas untergebracht seien, in diese Kita zurückkehren.

Herr Pfeuffer sagt eine Beantwortung zu.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die in der Sachdarstellung und Begründung dargelegte Jugendhilfeplanung der Kindertagesbetreuung im Kindergartenjahr 2018/19. Diese stellt die Grundlage für die Beantragung der Landeszuschüsse für Kindertageseinrichtungen zum 15.03.2018 nach § 21 KiBiz dar:

1. Nach der Jugendhilfeplanung in Abstimmung mit den Trägern der freien Jugendhilfe werden im Kindergartenjahr 2018/19 für unter 3-jährige Kinder 10.460 und für über 3-jährige Kinder 31.445 mit öffentlichen Mitteln geförderte Plätze in Kindertageseinrichtungen vorgehalten. Das Angebot für unter 3-Jährige wird ergänzt durch 3.480 Plätze in der Kindertagespflege.
2. Der erneute Antrag des Trägers Kinderhort Spichernstraße e.V. auf Aufnahme der Plätze Schulkinderbetreuung in die Förderung nach KiBiz wird abgelehnt (siehe Punkt 2.7. der Begründung).

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Die Begründung liegt der Niederschrift nicht nochmals als Anlage bei.

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

3.1 Umgestaltung des Spielplatzes Uferstraße in Köln-Rodenkirchen 3211/2017

Frau Passavanti begrüßt als Vertreterin der Fachstelle Behindertenpolitik die vorbildliche barrierefreie Orientierung bei der Spielplatzplanung. Sie kritisiert, dass auch nach intensiver Betrachtung der Skizze es unmöglich sei, zu entscheiden, ob Kinder im Rollstuhl tatsächlich inklusiv an den Spielgeräten spielen können. Als Beispiel führt sie den Matschtisch an. Es fehle die Angabe, ob dieser unterfahrbar sei, sowie ein Umgebungsplan, der Wege für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer aufzeige. Die Barrierefreiheit werde zwar im Text beschrieben, sei jedoch auf der Skizze nicht sicht-

bar. Daher bittet sie die Verwaltung um genauere Aussagen zu der Anordnung und Ausrichtung der Spielgeräte, damit man ein Urteil zu der Barrierefreiheit dieses überregionalen Spielplatzes fällen könne. Sie bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Ist die geplante Wippe mit Sitzen versehen, so dass Kinder mit motorischen Einschränkungen darauf sitzen können?
- Gibt es Rampen, die es Kindern im Rollstuhl ermöglichen, von dem Wiesengrundstück auf die Spielgeräte zu fahren?
- Ist ein Karussell möglich, dass Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer nutzen können?
- Lässt sich eine Schaukel für im Rollstuhl sitzende Kinder integrieren? Da es in Köln bisher keine Schaukel für Kinder im Rollstuhl gebe, müssen diese zwei Stunden Fahrzeit auf sich nehmen, um eine barrierefreie Schaukel auf einem Spielplatz in Volmarstein nutzen zu können. Ein überregionaler barrierefreier Spielplatz, wie er in der Uferstraße geplant sei, müsse auch für Kinder im Rollstuhl nutzbar sein.

Frau Quilling schließt sich den Anregungen Frau Passavantis an, weist jedoch darauf hin, dass im Text der Vorlage eine ausführliche Darstellung der Barrierefreiheit erfolge. Die Skizze bilde die Barrierefreiheit leider nicht ab.

Sie bemängelt, dass die mehrgenerationengerechte Ausrichtung des Spielplatzes ebenfalls nicht erkennbar sei. Sie fragt, warum man die mehrgenerationengerechte Ausrichtung und die Barrierefreiheit bei der Gestaltung des Spielplatzes nicht verbinde. Weiter interessiere sie, in welchen Abständen die städtischen Spielplätze gereinigt werden und die Höhe der dadurch entstehenden Kosten.

Frau Baars bestätigt die ungenaue Skizze, die von einem externen Dienstleister erstellt worden sei. Sie verweist auf eine Beantwortung in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.05.2017, aus der hervorgehe, dass 95 Prozent der Spielplätze (700 Spielplätze) inzwischen barrierefrei ausgerichtet seien. Man stehe in kontinuierlichem Austausch mit der AG Behindertenpolitik und dem Behindertenbeauftragten. In Anbetracht der begrenzten personellen Ressourcen, tue man alles, was möglich sei.

Sie berichtet, dass man an einer Spielplatzbedarfsanalyse arbeite. Zu den in 2017 fertig gestellten Maßnahmen kündigt sie eine Mitteilung zu der nächsten Ausschusssitzung an.

Sie macht auf die Problematik aufmerksam, dass bei einer Verbindung von Spiel- und Mehrgenerationenplatz der Spielplatz seinen Sonderstatus hinsichtlich des Lärmpegels verlieren könne. Es sei zu überlegen, ob man alternativ über das Grünflächenamt einen Fitnessparcours für nicht mehr ganz junge Menschen installiere.

Frau Quillings Frage zu der Reinigung des Spielplatzes und die Fragen Frau Passavantis werde sie schriftlich zur nächsten Sitzung beantworten.

Herr Dr. Schlieben spricht sich dagegen aus, die Vorlage zu stoppen, damit die Umsetzung erfolgen könne. Er schlägt vor, die Beschlussfassung der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu überlassen und ohne Votum dorthin zu verweisen.

Die aufgetretenen Fragen Frau Passavantis sollen kurzfristig beantwortet und die Ergebnisse der Bezirksvertretung Rodenkirchen vorgelegt werden.

Zu der Überarbeitung der Spielplatzbedarfsanalyse 2013/2014 merkt er an, dass viele Punkte bereits abgearbeitet seien.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen befindet den Vorschlag für gut.

Frau Passavanti appelliert eindringlich, die Barrierefreiheit gemäß Artikel 23 der UN-Kinderrechtskonvention bei der Planung dieses überregionalen Spielplatzes nicht außer Acht zu lassen.

Herr Clemens betont, dass sich niemand der Behindertenpolitik verschließe, und man die vorgebrachten Anregungen gerne aufnehme. Der Bewusstseinsprozess gehöre an bestimmten Punkten dazu. Er schließe sich den Ausführungen von Herrn Dr. Schlieben im Sinne des „working process“ an.

Frau Beigeordnete Dr. Klein und **Herr Glaremin** schließen sich diesem Vorhaben an.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen stellt den Beschluss schließlich zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – verweist den Beschluss **ohne Votum** in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmung über den Verweis ohne Votum:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

4.1 Neuwahl eines beratenden Mitgliedes und eines stellvertretend beratenden Mitgliedes 3966/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt als Nachfolgerin von Frau Mechthild Böll (beratendes Mitglied des wir für pänz e.V.)

Frau Petra Gast (wir für pänz e.V.)

und

Frau Iris Engels (wir für pänz e.V.) als persönliche Vertreterin von Frau Petra Gast in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Frau Mechthild Böll verliert damit ihre Position im Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

4.2 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes und eines stellvertretend beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 3974/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt

Frau Barbara Zaabe (Kinderschutzbund Ortsverband Köln e.V.)

gemäß §§ 71 Abs. 1 Ziff. 2 SGB VIII, 4 II 1. AG-KJHG als stimmberechtigtes Mitglied für Den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Frau Katrin Ackermann behält ihre Position und wird die persönliche Stellvertretung für Frau Barbara Zaabe. Frau Blum-Maurice verliert damit ihre Stellung im Jugendhilfeausschuss.

Weiter wählt der Rat

Frau Maria Große Perdekamp (Kinderschutzbund Ortsverband Köln e.V.)

gemäß § 5 III AG-KJHG i.V.m. § 4 III i der Jugendamtssatzung als stellvertretend beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Sie wird die persönliche Vertreterin von Herrn Ulrich Bergmann (Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. Kreisgruppe Köln), der bisher von Frau Barbara Zaabe (Kinderschutzbund Ortsverband Köln e.V.) vertreten wurde.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen

- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

5.1 Frühere Anträge

Es liegen keine früheren schriftlichen Anträge aus vorangegangenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses vor.

5.2 Neue Anträge

In dieser Sitzung des Jugendhilfeausschusses werden keine neuen schriftlichen Anträge gestellt.

6 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

6.1 Frühere Anfragen

Unbeantwortete schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe aus vorangegangenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses liegen nicht vor.

6.2 Neue Anfragen

Neue schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe liegen dem Jugendhilfeausschuss nicht zur Beantwortung vor.

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

7.1 Frühere Anfragen

7.1.1 Übersicht Großtagespflegen in Köln 4001/2017

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben bittet um Angaben zu der Qualifikation der Beschäftigten in den Großtagespflegen. Er empfiehlt, diese Angaben zukünftig in derartige Übersichten einfließen zu lassen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt, dass alle Beschäftigten die Qualifizierung zur Tagespflegeperson absolviert haben.

Sie sagt eine ausführliche schriftliche Beantwortung zu.

Frau Dr. Butterwegge erkundigt sich nach der Anzahl der Fachkräfte unter den Beschäftigten in den Großtagespflegen. Weiter fragt sie nach der Anzahl von Großtagespflegen, die mit freien Trägern der Jugendhilfe kooperieren.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist darauf hin, dass die Frage von Frau Dr. Butterwegge im Rahmen der Diskussion zu der Beschlussvorlage zur Großtagespflege bereits beantwortet worden sei.

7.2 Neue Anfragen

Herr Gümüs erkundigt sich nach dem Engagement der Unternehmen in Bezug auf Betriebskittas. Ihn interessieren die Unternehmen, die Betriebskittas eröffnen und die dortigen Zugangsvoraussetzungen. Er fragt, ob die Unternehmen dabei auf die Großtagespflege zurückgreifen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

8.1.1 Mitgliederwechsel im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie 4024/2017

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

8.2.1 Durchführungskonzept Kölner Jugendbefragung 2018 4042/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Vor dem Hintergrund, dass man einen breiten Querschnitt der Kinder und Jugendlichen mit der Befragung erreichen wolle, arbeite man mit der Rheinischen Fachhochschule im Bereich der sozialen Medien an einem „social polling“ zusammen. Er hoffe, dass man zu einem repräsentativen Ergebnis kommen werde.

Frau Laufenberg dankt für die gute Aufbereitung der Informationen. Bereits 2017 habe sie den Fragebogen kritisiert, da er nicht repräsentativ genug gewesen sei. Sie erachte den aktuellen Fragenbogen als überarbeitungswürdig, da er nicht adäquat formuliert sei. Man sei in ihrer Fraktion nicht der Auffassung, dass man aus dem Fragebogen zukunftsweisende Schlüsse ziehen könne, mittels denen man den Kindern und Jugendlichen etwas Gutes tun könne. Sie verdeutlicht ihre Kritik an den folgenden Beispielen:

- Als erstes Beispiel führt sie Punkt 1 des Fragebogens an. Auf die Frage „Lebst Du gerne in Köln?“ können die Kinder und Jugendlichen nur mit ja oder nein antworten. Gründe werden nicht abgefragt.

- Auf Seite 7 könne man bei dem Punkt: „Bei folgenden Themen bräuchte ich mehr Unterstützung: (...)“ Themenbereiche ankreuzen. Die Form der gewünschten Unterstützung werde jedoch nicht erfragt.
- Punk 9 „Interessierst Du Dich für Politik?“ sei nur mit ja oder nein zu beantworten. Die Ebenen der Politik, wie Kommunalpolitik, Bundespolitik, Europapolitik, etc. werden nicht unterschieden.
- Bei Punkt 10 wird der Jugendrat als Option angegeben, obwohl dieser in Köln nicht existiere.
- Bei Frage 14 „Hast Du zu wenig oder genug Freizeit“ werden die Gründe nicht erfragt.

Der vorliegende Fragebogen sei nicht geeignet für eine Jugendbefragung und werde von der FDP-Fraktion nicht mitgetragen, so Frau Laufenberg. Sie möchte wissen, ob eine Überarbeitung möglich sei.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen merkt an, dass der Fragebogen nicht von der Verwaltung entworfen worden sei. Er weist darauf hin, dass eine Jugendbefragung mittels verschiedenster Techniken erstellt werden könne. Man stehe vor der Wahl, mit Fragen in die Tiefe zu gehen, oder unter der Anwendung eines intelligenten Algorithmus viele Fragen an der Oberfläche zu stellen. Die Anwendung eines solchen Algorithmus reduziere das Risiko, keine nutzbaren Antworten zu erhalten.

Herr Clemens erklärt, dass er dem Fragenbogen versöhnlich gegenüber stehe, da er nur eines von mehreren Instrumenten der Partizipation sei.

Er bewerte positiv, dass die Sprachebene auf bildungsferne Kinder und Jugendliche heruntergebrochen worden sei.

Aufgrund der besonderen Wahrnehmungsebene von Kindern und Jugendlichen finde er es als ratsam, den Kindern und Jugendlichen hinter jeder einzelnen Frage die Möglichkeit zu sonstigen Anmerkungen einzuräumen.

Weiter empfiehlt er die Aufnahme einer Frage zu den nicht sozialpädagogisch betreuten Jugendtreffs in den Fragenkatalog.

Frau Kessing spricht sich gegen eine Ausweitung der Fragen aus. Die Fragen seien von Fachleuten aufeinander abgestimmt worden. Sie wünscht sich eine Rückmeldung nach dem Pre-Test, auf die man dann gegebenenfalls mit Änderungsvorschlägen reagieren könne. Um möglichst zahlreiche Adressaten zu erreichen, halte sie die Einbindung der Schule für erforderlich. Sie fragt, ob der Einsatz des Fragebogens in den Schulen mit der Bezirksregierung abgeklärt worden sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt, dass die Bezirksregierung diesen Vorschlag abgelehnt habe.

Frau van Dawen-Agreiter dankt für die Vorlage und lobt die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen sowie der Schülerinnen- und Schülervvertretung. Sie regt an, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jugendbefragung über den Prozess und die Ergebnisse zu informieren. Dazu sei es hilfreich, optional eine E-mail-Adresse hinterlegen zu können. Im Kontext von Freiwilligkeit erachte sie es als positiv, dass die Schulen als Einsatzort der Befragung nicht eingebunden werden.

Frau Dr. Butterwegge spricht sich für die Vereinbarung eines Verfahrens zur Weitergabe der hier gesammelten Anregungen aus, damit gewährleistet werde, dass diese Informationen die zuständige Arbeitsgruppe erreichen. Denkbar sei beispielsweise die Aufnahme in das Protokoll. Sie kritisiert, dass Fragen zum finanziellen Budget der Kinder und Jugendlichen mit Blick auf die Nutzung von Freizeitangeboten fehlen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen nimmt den Vorschlag von Frau Dr. Butterwegge auf, die geführte Diskussion im Protokoll darzustellen und der zuständigen Arbeitsgruppe zur Verfügung zu stellen.

Herr Pöttgen dankt der Verwaltung für die Berücksichtigung der Anregungen aus der früheren Diskussion zur Jugendbefragung im Jugendhilfeausschuss. Er lobt die Lesbarkeit der Vorlage. Die gewünschte Vielseitigkeit der Ansprache, sowie die Art der Vorbereitung, als auch die Kampagne seien gut umgesetzt worden. Er berichtet von zahlreichen positiven Rückmeldungen der Jugendverbände zu der guten Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Mit Blick auf den Jugendförderplan handele es sich bei der Jugendbefragung allerdings nur um einen kleinen Teil der bevorstehenden Arbeit. Wenn die Ergebnisse der Jugendbefragung vorliegen, stehe der entscheidende Teil der Arbeit an.

Er empfiehlt, sich in der Diskussion nicht zu sehr in Details zu vertiefen, da dies Aufgabe der Verwaltung sei. Ihm sei es wichtiger, eine zielführende Richtung vorzugeben.

Herr Pöttgen kritisiert jedoch den Zeitplan. Da die Ergebnisse der Jugendbefragung am 03.06.2018 vorliegen, würde er sich freuen, wenn die Ergebnisse nach der Sommerpause im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden. Die Auswertung der Ergebnisse könne später erfolgen. Für den angestoßenen Prozess der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sei es wichtig, die Ergebnisse der Jugendbefragung zeitnah diskutieren zu können, um sie beispielsweise in die Arbeit des Partizipationsbüros einfließen lassen zu können.

Frau Schmerbach lobt die Vorlage ebenfalls. Hinsichtlich der Online-Konzeption der Befragung, empfiehlt sie zu berücksichtigen, dass nicht jeder Jugendliche ein Smartphone besitze. Sie regt die Anbindung an die Sozialraumkoordination an, um den Zugang der Jugendlichen in belasteten Sozialräumen zu verbessern. Auch die Teilnahme der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen, insbesondere Sehbehinderungen, an der Online-Befragung müsse überdacht werden.

Frau Passavanti fragt, wie die Barrierefreiheit konkret aussehe und bittet um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Kann der Fragenkatalog vorgelesen werden?
- Ist es möglich, den Fragekatalog in leichter Sprache abzurufen?
- Wer unterstützt die motorisch eingeschränkten Kinder und Jugendlichen, die nicht in der Lage sind, ein Smartphone zu bedienen?
- Wie erreicht man in Hinblick auf den gewünschten breiten Querschnitt der Befragung die Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen in Förderschulen? Können der Zugang dieser Kinder und Jugendlichen über die Eltern erreicht werden, indem man die Eltern und die Schulen informiere?

Herr Dr. Schlieben gibt die Länge des Fragebogens zu bedenken und hofft auf das Fachwissen der Experten.

Herr Clemens stimmt Herrn Pöttgen zu, dass sich die Partizipation von Kindern und Jugendlichen nicht auf die Jugendbefragung reduziere. Sie stelle nur einen Baustein des gesamtpartizipatorischen Projektes dar.

Es sei ihm jedoch wichtig zu verhindern, dass die Ergebnisse der Jugendbefragung in den Mittelpunkt der medialen Berichterstattung geraten, ohne dass der Jugendhilfeausschuss zuvor die Gelegenheit gehabt habe, darüber zu diskutieren.

Er stellt fest, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen anfangs nicht im Fokus der Betrachtung standen. Er dankt Frau Passavanti, diese nun in das Bewusstsein des Jugendhilfeausschusses gerufen zu haben. Er erinnert daran, dass es sich jedoch nicht um eine reine Online-Befragung handele. Die offene Jugendarbeit sei von Beginn der Planung eingebunden gewesen.

Mit Blick auf die Barrierefreiheit regt **Frau Laufenberg** die Einbindung der Sozial-Betriebe-Köln an. Sie fragt, ob der Termin des Workshops bereits festgelegt worden sei.

Herr Pfeuffer dankt für die Rückmeldungen. Er stellt fest, dass die Wahrnehmung hinsichtlich der Länge des Fragebogens unterschiedlich sei. Er sagt die Beantwortung der gesammelten Fragen, sowie die Rückmeldung der Ergebnisse zu.

Er teilt mit, dass die Fragebögen auch gedruckt werden können. Die Online-Befragung werde bereits von verschiedenen Jugendeinrichtungen unterstützt.

Im qualitativen Workshop gehe es darum, mit Kindern und Jugendlichen gezielt ins Gespräch zu kommen. Der Fragenbogen sei das eine Standbein der Jugendbefragung, und der qualitative Workshop das andere. Im Workshop wolle man zudem methodisch an die „Stadtgespräche“ anschließen. Denkbar sei beispielsweise, eine Stadtkarte mit den Lieblingsorten der Kinder und Jugendlichen zu gestalten.

Zu den Fragestellungen erklärt er, dass viele Fragen aus dem Kanon der Fragen von Jugendbefragungen in anderen Städten stammen, und somit eine Vergleichbarkeit geschaffen werde. Er bittet um einen Vertrauensvorschuss und sei bereit, bilateral ins Gespräch zu kommen. Es sei ihm wichtig, dass der Fragebogen fraktionsübergreifend getragen werde.

Die Kritik Herrn Pöttgens an dem Zeitplan halte er für berechtigt. Er schlägt einen Schnellbericht und einen ausführlichen Ergebnisbericht in einem zweistufigen Verfahren vor.

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

8.3.1 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2017 in der Stadt Köln 0074/2018

Auch diese Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Clemens fragt nach dem konkreten Ablauf der Übergabe aus der Haft an die Inobhutnahme-Stellen, da sich eine hohe Anzahl an minderjährigen Jugendlichen marokkanischer Herkunft entziehen habe können. Er möchte wissen, ob man an dieser Stelle nicht systemisch vorbeugen könne, um dies zu verhindern.

Herr Völlmecke berichtet, dass es dabei um einen vergleichsweise kleinen Teil der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen handele, der Hilfsangebote ablehne. Man arbeite Hand in Hand mit dem „Haus des Jugendrechts“ und dem kriminalpräventiven Projekt „Klarkommen!“ von Polizei und AWO. Man sei jedoch machtlos, wenn die Jugendlichen sich gegen die Hilfsangebote entscheiden. Den Jugendlichen werde an verschiedenen Stellen immer wieder auf das Neue die Hand gereicht.

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

8.4.1 Bericht zum Tag der Jugend im Rathaus am 07.12.2017 3920/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen dankt allen Beteiligten der Fraktionen für das erfreuliche Ergebnis. Drei Anträge der Schülerinnen- und Schülerfraktionen seien einstimmig angenommen worden. Die Diskussion dazu sei konstruktiv und professionell gewesen. Die Verwaltung habe sich den Jugendlichen angenommen und sie unterstützt. Der nächste Schritt beinhalte das politische Aufgreifen der Anträge. Es sei erklärtes Ziel, dass die Anträge in dem jeweils zuständigen Ausschuss, wie dem Jugendhilfeausschuss, dem Ausschuss für Verkehr, sowie dem Ausschuss Schule und Weiterbildung beraten und beschlossen werden. Die Schülerinnen und Schüler seien an diesem Prozess beteiligt. Das Ergebnis sowie die Umsetzung sollen für die Jugendlichen am Ende sichtbar werden.

Der Bericht vermittelt, dass die Veranstaltung professionell organisiert und gelungen sei, so **Frau Quilling**. Man habe die Jugendlichen ernst genommen. Die Veranstaltung stelle einen Qualitätssprung dar, da die Ergebnisse in die politische Arbeit einfließen werden. Besonders am dritten Antrag zu der Schulhofsanierung sei zu erkennen, dass den Schülerinnen und Schülern Wertschätzung wichtig ist. Sie regt an, auf dieser Grundlage weitere Veranstaltungen zu entwickeln, gegebenenfalls in dezentraler Form.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen schlägt vor, nach der Jugendbefragung gemeinsam mit den jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern zu überlegen, in welcher Form man den Tag der Jugend weiterführen könne.

8.5 Weitere Mitteilungen

8.5.1 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW" 3923/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Quilling wundert sich über den Begriff "Einwanderung" und fragt, ob es sich in diesem Fall um die Terminologie des Landes handle. Zu dem "Fragebogen für Geflüchtete" möchte sie wissen, ob dieser identisch sei mit den "Profilbogen" im Bericht. Sie vermisse die Unterarbeitsgruppe für den Bereich Jugend und fragt, ob diese geplant sei.

Herr Schwamborn bestätigt, dass es sich bei dem Begriff „Einwanderung“ um die Terminologie des Landes handle. Das, was sich hinter den Begriffen „personal book“ und „Profilbogen“ verberge, sei identisch. Der Profilbogen stamme aus verschiedenen Ordnern ehrenamtlicher Willkommensinitiativen für Geflüchtete. Da er die zentrale Sammlung der Daten erleichtere, habe man den Begriff übernommen. Am Anfang sei man sich über die Bezeichnung nicht einig gewesen. Letztendlich habe man sich für die Verwendung des Begriffs „personal book“ entschieden.

Zu der Frage Frau Quillings zu der fehlenden Unterarbeitsgruppe, stellt Herr Schwamborn heraus, dass es sich bei der Zielgruppe um 18 bis 25-jährige Alleinreisende mit guter Bleibeperspektive handle. Je nach Konstellation fallen auch Minder-

jährige darunter. Der Schwerpunkt liege somit nicht auf der Zielgruppe der Jugendlichen. Das Jugendamt sei aber in den Prozess miteinbezogen. Der weitere Fortschritt des Projekts werde zeigen, ob die Bildung einer Unterarbeitsgruppe zu der Zielgruppe Jugendliche erforderlich sei.

8.5.2 Anerkannte Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Mitteilung über im Trägerverzeichnis gelöschte Vereine 3125/2017

Diese Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

8.5.3 Jugendschöffenwahl 2018 0020/2018

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erachtet die zu bewältigende Aufgabe als einen Kraftakt. Er erinnert daran, dass man im Rahmen der letzten Jugendschöffenwahl gemeinsam die namentlichen Vorschläge gesichtet habe, um zu vermeiden, dass ungeeignete Kandidatinnen und Kandidaten durch das Raster fallen. Als Ausscheidkriterium sei beispielsweise in diesem Zusammenhang extremistische Gesinnung zu nennen.

Die Mitteilung wird ohne weitere Wortebeiträge zur Kenntnis genommen.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Petra Voous (Schriftführerin)